

Schritte zur Abrüstung



Krieg ist wieder ein Mittel der Politik geworden. Krieg ist aber die falsche Antwort auf Terrorismus und andere Bedrohungen. Militär löst keine Konflikte.

Notwendig ist die Bearbeitung und Lösung von Konflikten mit gewaltfreien und zivilen Mitteln.

Daher fordern wir als **Schritte zur Abrüstung:**

- Keine Auslandseinsätze der Bundeswehr
- Eine deutliche Verkleinerung der Bundeswehr und die Abschaffung der Wehrpflicht
- Abzug aller Atomwaffen aus der BRD
- Kürzung der Rüstungsausgaben um mindestens 5 Prozent jährlich
- Stopp aller Rüstungsexporte
- Förderung ziviler Konfliktbearbeitung und der Friedensforschung mit 500 Mio. Euro jährlich
- Entmilitarisierung der Europäischen Union

Hiermit erkläre ich meine Zustimmung zu den Forderungen „Schritte zur Abrüstung“. Mit der Veröffentlichung meines Namens bin ich einverstanden/nicht einverstanden (Unzutreffendes streichen).

Datum und Unterschrift

Ich möchte das **Info-Paket** der „Schritte zur Abrüstung“ erhalten (inkl. Themenfaltblätter Wozu Bundeswehr?, Umstellung fördern!, Atomwaffen verschrotten!, Rüstungsexporte stoppen!, Konflikte zivil bearbeiten!, Europa abrüsten! und Auslandseinsätze beenden!) und überweise 2,50 Euro für Porto und Versandkosten.

Ich habe den **elektronischen Newsletter** auf der Website www.schritte-zur-abrustung.de abonniert und benötige keine weitere Info-Post.

Ich möchte ein- bis zweimal jährlich die **Info-Post** über die „Schritte zur Abrüstung“ erhalten und überweise 5,- Euro für Porto, Druck- und Versandkosten an die DFG-VK, Kto-Nr. 8104600, BFS Köln, BLZ 370 205 00.

Ich möchte **kostenlose Infos** über die DFG-VK und ihre Zeitschrift *Zivilcourage* erhalten.

Die Nato überwinden ...

Wenn wir die Kriegspolitik der NATO überwinden wollen, müssen wir die offensichtlichen Widersprüche nutzen und die verborgenen Widersprüche deutlich machen. Die Interventionspolitik der NATO, die Auslandseinsätze der Bundeswehr, der sogenannte Krieg gegen den Terror genießen wenig Zustimmung in der deutschen Bevölkerung. Das gilt analog für viele andere europäische Staaten, das zeigt z.B. der Widerstand in Großbritannien und Spanien gegen die Beteiligung am Krieg gegen den Irak, das zeigt der Widerstand in Tschechien gegen die Radarstation zur Raketenabwehr, das zeigt der Widerstand in Italien gegen US-Militärstützpunkte. Raubkriege zur Sicherung der Rohstoffquellen und zur Errichtung von Stützpunkten haben keine politische und rechtliche Legitimation. Darüber hinaus dienen sie nicht den Interessen der weit überwiegenden Mehrheit der Menschen. Die Ausgaben für Militär und Krieg sind eine gigantische Verschwendung von Ressourcen – diese sollten besser für die Nutzung regenerativer Energien und eine nachhaltige Wirtschaftsweise ausgegeben werden. Die DFG-VK fordert konkrete Schritte zur Abrüstung, die eine künftige Interventionspolitik erschweren und perspektivisch unmöglich machen würde.



Blockadeaktion beim NATO-Gipfel 2009 in Strasbourg

... Schritte zur Abrüstung gehen!

Grundlage für die Kriegspolitik der alten wie der neuen NATO ist die Bereitschaft, militärische Mittel bis hin zum Krieg als Mittel zur Durchsetzung von Interessen einzusetzen (Angela Merkel sagte: Wir benutzen freundliche Worte, aber auch Marschflugkörper, wenn es sein muss). Die PazifistInnen in der DFG-VK lehnen diese Einstellung und die daraus folgende Politik ab. Krieg darf kein Mittel der Politik sein. Wir wollen konkrete Abrüstungsschritte durchsetzen und eine zivile Gegenbewegung zur Militärmacht aufbauen. Wir verweigern alle Kriegsdienste und alle staatlichen Zwangsdienste und unterstützen Kriegsdienstverweigerung weltweit. Die DFG-VK ist Mitglied der Internationale der Kriegsgegner (War Resisters International).

Frieden wird erst dann möglich sein, wenn die Mittel der Kriegführung beseitigt sind. Wir wissen, dass der Weg zur allgemeinen und vollständigen Abrüstung lang und konfliktreich sein wird. PazifistInnen stellen sich gegen den traditionellen Militarismus und gegen die mit ihm verbündeten ökonomischen und machtpolitischen Interessen. Wir haben uns in einer pazifistischen Organisation, der DFG-VK zusammengeschlossen, um Aussicht auf Erfolg zu haben.

Auf der Grundlage der Aktionsplattform „Schritte zur Abrüstung“ wollen wir mit allen Menschen und Organisationen zusammenarbeiten, die diese Forderungen für richtig halten. Unterstützen Sie die Forderungen (nebstehend) und machen Sie damit deutlich, dass Sie eine andere Politik wollen! Unterstützen Sie den politischen Pazifismus durch Ihre Mitgliedschaft in der DFG-VK!

Grundsatzerklärung der War Resisters International:

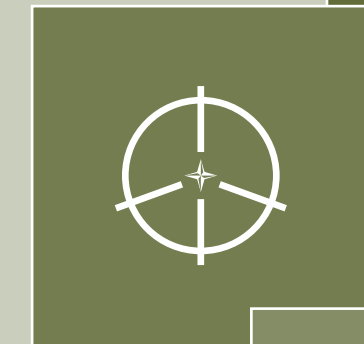
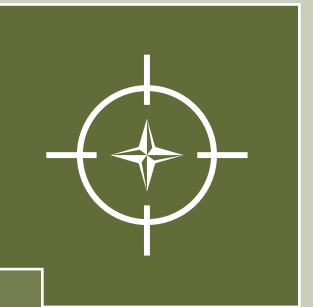
„Der **Krieg** ist ein **Verbrechen** an der **Menschheit**. Ich bin daher entschlossen, **keine Art von Krieg** zu unterstützen und an der **Beseitigung aller Kriegsursachen** mitzuwirken.“

Herausgeber: Arbeitsgruppe „Schritte zur Abrüstung“ der DFG-VK und H.-M.-Vogel-Bildungswerk der DFG-VK Bayern. Konzept, Text, Redaktion und V.i.S.d.P.: Th. Rödl, c/o DFG-VK Bayern, Schwanthalerstr. 133, 80339 München; Gestaltung: K.-U. Dosch, Hamm; Druck: GuS-Druck, Stuttgart



NATO

überwinden



Schritte zur Abrüstung gehen!



Deutsche Friedensgesellschaft - Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen

Die alte Nato

Die Nordatlantische Vertragsorganisation NATO wurde 1949 gegründet. Ihr Kern war der Artikel 5, die Verpflichtung zum gegenseitigen Beistand bei einem Angriff auf das Territorium der Vertragsstaaten. Die Charta der Vereinten Nationen erlaubt diese kollektive Verteidigung. Die NATO war das wichtigste Instrument der USA um ihre Machtposition in Europa abzusichern und den sozialistischen Machtblock (die Sowjetunion und die 1955 gegründete Warschauer Vertragsorganisation WVO) einzudämmen und zurückzudrängen. Über die politischen und militärischen Strukturen der NATO ist das Oberkommando der USA fixiert.

Die NATO war und ist das Bündnis der reichen Staaten des „Westens“ mit kapitalistischer Wirtschaftsordnung zur Absicherung ihrer globalen Machtpositionen. Das Bündnis NATO richtete sich gegen den gemeinsamen Gegner im „Osten“ und ermöglichte den ehemaligen europäischen Kolonialmächten sowie der neuen Supermacht USA, ihre weltweiten wirtschaftlichen und machtpolitischen Interessen im „Süden“, d.h. in Afrika, Asien und Lateinamerika sowie im pazifischen Raum weiter zu verfolgen. Das bedeutete die Unterstützung von kapitalismusfreundlichen, teils korrupten und teils diktatorischen Regimes, die Verhinderung bzw. die Beseitigung von sozialistischen Regimen mit politischen, ökonomischen oder geheimdienstlichen Methoden, mit Waffenlieferungen und Militärausbildung oder auch mit Interventionskriegen.

Die herrschende ökonomisch-politische Elite in Westdeutschland entschied sich für den Beitritt zur NATO, (1955), während eine Mehrheit der Bevölkerung einen neutralen Status (wie Österreich) bevorzugt hätte. Politisch durchgesetzt wurde der Beitritt zur NATO mit der Propaganda einer „Bedrohung aus dem Osten“. Die Aufstellung einer neuen deutschen „Bundeswehr“ war für die westdeutschen Eliten ein wichtiger Schritt zur Erlangung der Souveränität und zum Wiederaufbau der deutschen Rüstungsindustrie. Die Bundeswehr war aber für die nächsten Jahrzehnte unter militärischer Kontrolle der NATO-Strukturen und damit des US-Militärs.



Neuer und alter NATO-Generalsekretär: Anders Fogh Rasmussen und Jaap de Hoop Scheffer 2009 in Strasbourg

Die neue NATO

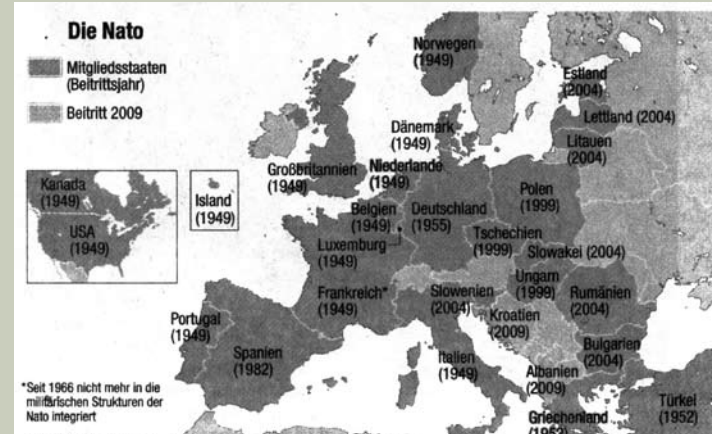
Nach der Auflösung der Sowjetunion und der WVO hätte sich die NATO ebenfalls auflösen müssen. An die Stelle der beiden Militärblöcke hätte die Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa OSZE treten können. Doch die gleichberechtigte Zusammenarbeit mit allen Staaten in Europa liegt nicht im Interesse der Machtposition der Eliten der NATO-Staaten. Die Bombardierung Serbiens zur Beseitigung des Regimes und zur „Integration“ Rest-Jugoslawiens in den kapitalistischen europäischen Wirtschaftsraum war eine Machtdemonstration. Die NATO wurde damit offensiv ohne Mandat der UNO und gegen den Willen der Vetomächte Russland und China eingesetzt. Die NATO hat sich faktisch über die UNO gestellt und behält sich das Recht vor, überall dort zu intervenieren, wo die NATO-Regierungen es für richtig halten. Diese Position soll auch beim 60-Jahres-Treffen der NATO festgeschrieben werden.

Mit der Ausdehnung der NATO und der Ausweitung ihrer Aufgaben wuchsen aber auch die Widersprüche innerhalb der NATO-Staaten. Nach den Anschlägen vom September 2001 wurde zwar der Bündnisfall ausgerufen. Die USA führten den Krieg gegen Afghanistan aber zuerst alleine und gegen Irak mit einer „Koalition der Willigen“ ohne Mitwirkung der NATO. Teile der NATO-Staaten unterstützten den Krieg der USA gegen den Irak nicht. „Alte Europäer“ und „neue Europäer“ vertreten unterschiedliche Interessen. Das zeigt sich auch im Umgang mit dem Atomwaffenprogramm des Iran, mit dem geplanten Projekt der Raketenabwehr und jüngst in den Reaktionen auf den Krieg zwischen Georgien und Russland. Offensichtlich sehen Teile der europäischen Eliten ihre Interessen in der Konkurrenz um Rohstoffe und Märkte nicht im Einklang mit den Interessen der US-Konzerne und ihrer Marionetten. Daher wollen hohe NATO-Strategen bei zukünftigen Interventionskriegen vom Konsensprinzip abweichen, mitreden soll nur noch der, der sich an Interventionen beteiligt. (Grundsatzpapier von Anfang 2008)

Militärmacht Europäische Union

Im Grundlagenvertrag (früher Verfassungsvertragsentwurf) für die EU verpflichten sich die Vertragsstaaten ihre militärische Stärke auszubauen. Militärische Kommandostrukturen, eine Rüstungsagentur und eine gemeinsame Eingreiftruppe werden aufgebaut. Damit werden die Weichen gestellt für eine europäische Militärmacht, die auch unabhängig von den Strukturen der NATO, damit auch ohne Kontrolle durch die USA, eingesetzt werden kann. Eine europäische Rüstungsindustrie, die in allen wesentlichen Bereichen von Technologie und Know-how der USA unabhängig und mit der US-Rüstungsindustrie technisch konkurrenzfähig ist, wurde in den letzten Jahrzehnten aufgebaut (z.B. der Konzern EADS). Offensichtlich sind die USA, Japan und andere die wichtigsten Konkurrenten der europäischen Wirtschaft um Öl und andere begrenzte Rohstoffe.

Parallel zu dieser Entwicklung hat die BRD wieder ein Oberkommando der Streitkräfte und die notwendigen Führungsstrukturen aufgebaut, um Kriege im Ausland planen und durchführen zu können. Seit der Intervention in Somalia hatte die Bundeswehr viele Gelegenheiten, praktische Erfahrungen zu sammeln. Deutschland kann und will seine Interessen wieder mit militärischen Mitteln vertreten. Dies geschieht zunächst noch innerhalb der Strukturen von NATO bzw. EU. Die große Zustimmung in der (west)deutschen Bevölkerung zu NATO und Bundeswehr beruht auf der Annahme, daß diese Einrichtungen zu Frieden und Sicherheit in Europa beigetragen haben.



Info-Scheck

Bitte im frankierten Briefumschlag einsenden!

Absender/in:

Name:
Straße:
PLZ/Ort:
Telefon/E-Mail:

DFG-VK

**Materialversand
Haußmannstr. 6
70188 Stuttgart**

Wir bitten um (steuerabzugsfähige) Spenden zur Finanzierung der Projekte der Bertha-von-Suttner-Stiftung auf das Konto Nr. 8174607, BfS Köln, BLZ 37020500.

**www.schritte-zur-abruestung.de
www.dfg-vk.de
www.wri-irg.org**